

**04.07.2018**

**Niederschrift 003/2018**

**Ausschuss für Soziales, Familie und Gleichstellung**

am 12.06.2018 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal C.002-C.003 |  
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

**Beginn** 16:00 Uhr

**Ende** 17:40 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzende**

Frau Angelika Chur

**Kreistagmitglieder SPD**

Herr Martin Blom

Frau Renate Jung

Herr Jürgen Kerl

Frau Ursula Lindstedt

Vertretung für Herrn Hans-Jörg Piasecki

Herr Gerd Oldenburg

**Sachkundige Bürger/innen SPD**

Herr Rainer Goepfert

Frau Marie-Louise Scheideler

**Kreistagmitglieder CDU**

Herr Carsten Böckmann

Frau Annika Dresen

Herr Olaf Lauschner

Herr Gerhard Meyer

Vertretung für Herrn Marco Morten Pufke

Frau Ursula Schmidt

**Sachkundige Bürger/innen CDU**

Herr Hubert Hüppe

**Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Hans-Ulrich Bangert

Vertretung für Herrn Peter Büttner

Herr Jochen Nadolski-Voigt

**Kreistagmitglieder Linksfraktion**

Frau Insa Bußmann

**Sachkundige Bürger/innen FW**

Frau Stephanie Brückner

Vertretung für Herrn Helmut Stalz

**Stellvertretendes Mitglied**

Herr Dieter Albert

Vertretung für Herrn Julius Will

**Gäste**

Herr Jürgen Stefan, Ombudsperson Bezirk Nord

Herr Norbert Zimmering, Ombudsperson Bezirk Süd

## **Verwaltung**

Herr Torsten Göpfert, Dezernent  
Frau Heidi Bierkämper-Braun, Gleichstellungsbeauftragte  
Herr Norbert Diekmännken, Fachbereichsleiter  
Frau Birgit Diers, Schriftführerin

## **Abwesend:**

### **Kreistagmitglieder SPD**

Herr Hans-Jörg Piasecki

### **Sachkundige Bürger/innen CDU**

Herr Marco Morten Pufke

### **Sachkundige Bürger/innen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Peter Büttner

### **Kreistagmitglieder GFL-Lünen / UWG-Selm**

Herr Kunibert Kampmann

### **Kreistagmitglieder FW**

Herr Helmut Stalz

### **Beratendes ordentliches Mitglied**

Herr Julius Will

Frau Chur begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Sie teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 30.05.2018 verschickt wurde. Da sich auf ihre Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt sie die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- |                |  |
|----------------|--|
| <b>Punkt 1</b> | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner   |
| <b>Punkt 2</b> | Vorstellung der bestellten Ombudspersonen in der Pflege  |
| <b>Punkt 3</b> | "Starke Mütter - Starke Unternehmen" - Mütter mit Migrationshintergrund steigen ein;<br>Bericht Frau Beatrice von Hall und Frau Hatice Müller-Aras vom Multikulturellen Forum e.V. |
| <b>Punkt 4</b> | Aufgaben des Schwerbehindertenrechts - Jahresbericht 2017  |

**Punkt 5** Hilfen für Schwangere im ALG II-Bezug;  
Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
vom 07.05.2018

**Punkt 6** 035/18/1 Verbindliche Weitergabe der Mittel für Integrationsmaßnahmen;  
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 22.03.2018 und Ergänzung  
vom 09.05.2018

**Punkt 7** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

## Nichtöffentlicher Teil

**Punkt 8** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

## Öffentlicher Teil

**Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

**Punkt 2 Vorstellung der bestellten Ombudspersonen in der Pflege**

### Erörterung

Die beiden Ombudspersonen in der Pflege, Herr Jürgen Stefan und Herr Norbert Zimmering stellen sich persönlich vor. Herr Stefan ist für den Nordkreis (Bergkamen, Kamen, Lünen, Selm und Werne) und Herr Zimmering für den Südkreis (Bönen, Fröndenberg/Ruhr, Holzwickede, Schwerte und Unna) zuständig.

Frau Chur weist auf einen in der Sitzung ausgelegten Flyer hin. Jeder, der eine höhere Anzahl an Flyern benötige, könne sich jederzeit direkt an die Kreisverwaltung Unna wenden. Über die Arbeit der Ombudspersonen werde auch 2019 weiter berichtet.

Herr Diekmännken ergänzt, dass der Flyer an alle Einrichtungen weitergeleitet und eine entsprechende Pressemitteilung erstellt worden sei.

**Punkt 3** **"Starke Mütter - Starke Unternehmen" - Mütter mit Migrationshintergrund steigen ein;**  
**Bericht Frau Beatrice von Hall und Frau Hatice Müller-Aras vom Multikulturellen Forum e.V.**

Erörterung

Frau von Hall kann an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen und Frau Müller-Aras berichtet alleine, so Frau Chur.

Frau Müller-Aras berichtet anhand einer Präsentation (Anlage 1) und verteilt im Anschluss an ihren Bericht entsprechendes Informationsmaterial.

Frau Chur bedankt sich für den Bericht. Sie teilt mit, dass es sich um ein inhaltlich sehr umfangreiches Projekt handele. Man könne sagen, es handele sich um ein Betreuungspaket von A bis Z.

Das wird von Frau Müller-Aras eindeutig bejaht.

Herr Meyer bedankt sich für den Bericht. Der umfassende Ansatz sei beeindruckend und er stellt eine Nachfrage.

Frau Müller-Aras antwortet, dass die Frauen über den regionalen Arbeitsmarkt informiert würden. Sie erführen, wo es Stellen gebe und welche Angebote vorhanden seien. Es würden die beruflichen Wünsche, die bereits erworbenen beruflichen Fähigkeiten sowie entsprechende berufliche Alternativen festgehalten. Die Frauen seien sehr flexibel und wollten unbedingt am Arbeitsleben teilnehmen.

Er begrüßt die interessante und ausführliche Darstellung von Frau Müller-Aras, so Herr Nadolski-Voigt. Das Multikulturelle Forum sei bekannt für eine effektive und zielgerichtete Umsetzung. Auf seine Nachfrage teilt Frau Müller-Aras mit, dass es positive Signale bezüglich einer weiteren Förderung durch Bundesmittel gebe. Es würde täglich mit einer Mitteilung gerechnet und sie sei optimistisch, dass das Projekt in die nächste Förderphase von 2019 bis 2022 gelange.

Herr Hüppe möchte wissen, wie viele Frauen in den Arbeitsmarkt integriert worden seien. Frau Müller-Aras antwortet, dass eine langfristige Integration in den Arbeitsmarkt gewünscht sei. Sie stellt die auf Folie 6 dargelegten Daten vor und teilt abschließend mit, dass sich aktuell rund 60 Frauen im Beratungsprozess befänden.

**Punkt 4** **Aufgaben des Schwerbehindertenrechts - Jahresbericht 2017**

Erörterung

Herr Diekmännken bezieht sich auf die Berichterstattung in den Medien. Aufgrund einer Kundenbeschwerde hätte der Hellweger Anzeiger einen Artikel verfasst, unter anderem in Bezug auf Behindertenausweise und – parkplätze. Der Bericht sei sehr positiv, es sei einiges klargestellt worden. Durch Änderungen innerhalb des Sachgebietes hätte die barrierefreie Erreichbarkeit der Mitarbeiter/innen im Kreishaus durch den Umzug ins Erdgeschoss verbessert werden können. Die Erinnerungsintervalle an Ärzte seien verkürzt worden. Des Weiteren werde innerhalb von zehn Arbeitstagen der Eingang eines Antrages bestätigt und für die Bearbeitung der Anträge sei die Buchstabenverteilung eingeführt worden. Insgesamt handele es sich um ein



**Punkt 6 035/18/1 Verbindliche Weitergabe der Mittel für Integrationsmaßnahmen;  
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 22.03.2018 und  
Ergänzung vom 09.05.2018**

Erörterung

Herr Nadolski-Voigt erläutert die gestellten Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Herr Lauschner teilt mit, dass das Land 100 Millionen Euro zugesagt hätte und es zu einer Auszahlung kommen solle. Zurzeit liefe ein parlamentarisches Verfahren, um eine rechtsichere Auszahlung sicherstellen zu können. Im Jahr 2018 werde das Land rund 1,6 Milliarden Euro an die Kommunen überweisen, um einen Großteil der flüchtlingsbedingten Kosten abdecken zu können. Die in Rede stehenden 100 Millionen Euro entsprechen dem Verbundsatz im Gemeindefinanzierungsgesetz, dieser betrage 23 Prozent. So wie das Land die Kommunen mit 23 Prozent am Steueraufkommen beteilige, würden diese ebenso mit 23 Prozent an der Integrationspauschale beteiligt. Von der rot-grünen Vorgängerregierung hätte es keinen Betrag aus der Integrationspauschale gegeben. Auch die mittelfristige Finanzplanung hätte keine Weitergabe der Integrationspauschale vorgesehen. Sofern der Bund zu seinem Versprechen stehe und ab 2019 weitere Mittel in einer Integrationspauschale zur Verfügung stelle, würden diese, lt. Koalitionsvereinbarung, ohne Abzug an die Kommunen weitergegeben. Bezüglich einer Beteiligung der Kreise an der Integrationspauschale hätte sich der Landkreistag entsprechend positioniert. Aus Sicht der CDU-Fraktion sei die Zuständigkeit des Kreises Unna nicht gegeben und daher sehe sie hier eine Resolution vorliegen. Die Stellung der CDU-Fraktion zu Resolutionen sei allgemein bekannt und daher werde sie sich nicht an der Abstimmung beteiligen.

Die Kommunen und der Kreis müssten darauf bestehen, eine auskömmliche Finanzierung für ihre geleistete Integrationsarbeit zu erhalten, so Herr Oldenburg. Es handele sich um einen laufenden Prozess, auf den der Kreis Unna keinen Einfluss habe. Der Landrat hätte deutlich erklärt, dass er auf den Erhalt der Mittel drängen werde und das unterstützt die SPD-Fraktion.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

1. Der Landrat wird beauftragt, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass die mit dem Landes-Haushalt 2018 beschlossenen zusätzlichen „Mittel für kommunale Integrationsmaßnahmen in den Kommunen“ in Höhe von 100 Millionen Euro schnellstmöglich an die Kommunen weitergeleitet werden.
2. Die von der neuen Bundesregierung angekündigte Sicherstellung der weiteren Finanzierung der laufenden Maßnahmen zur Entlastung von Land und Kommunen bei den Flüchtlingskosten wird begrüßt und aus diesem Grunde wird die Landesregierung aufgefordert, für eine angemessene und verlässliche Beteiligung der Kommunen zu sorgen.
3. Der Landrat wird beauftragt, sich für die Bereitstellung des von der Landesregierung ursprünglich zugesagten Gesamtbetrages in Höhe von 434 Millionen Euro für die NRW-Kommunen einzusetzen.

Die Kreise sollen aufgrund ihrer eigenen erbrachten Leistungen an den bereit gestellten Mitteln anteilmäßig beteiligt werden.



## Anlagen

1. Präsentation Projekt "Starke Mütter – Starke Unternehmen" – Bericht Frau Aras
2. Präsentation „Aufgaben des Schwerbehindertenrechts – Jahresbericht 2017“ – Bericht Herr Diekmännken
3. Einwohnerbezogene Jahresstatistik Schwerbehinderungen, Stand: 31.12.2017
4. Resolution der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Stadt Schwerte) vom 11.04.2018
5. Präsentation „Erstausstattungen bei Schwangerschaft“ – Bericht Herr Diekmännken

gez. Birgit Diers  
Schriftführerin

gez. Angelika Chur  
Vorsitzende